

**Freundeskreis
Palast der Republik, Berlin**

Berlin, 10. Januar 2009

Berliner Schlossdemokratie

„Der Wiederaufbau des Stadtschlusses stößt einer Studie zufolge bei der Mehrheit der Ostdeutschen auf Ablehnung. Nach einer am Montag vorab veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Zeitschrift „Super Illu“ sind 68 Prozent der Menschen in den neuen Ländern gegen den Wiederaufbau und halten das Vorhaben für eine Verschwendung von Steuergeldern.

29 Prozent sind für den Wiederaufbau.

In Berlin sind 61 Prozent gegen und 35 Prozent für den Neubau.

Im Auftrag von „Super Illu“ hatte das Institut für Marktforschung Leipzig 1000 Frauen und Männer in den neuen Bundesländern und Berlin befragt.

Das Stadtschloss soll durch den Architekten Franco Stella errichtet werden“

Diese dpa-Meldung konnte man am 2. Dezember 2008 im „Neuen Deutschland“ lesen.

Die „Super Illu“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe Nr. 50 vom 4. Dezember dazu weitere Details.

Unter der Feststellung

„Ich bin dagegen, weil das eine Verschwendung von Steuergeldern ist“
ergab sich nach Ländern folgendes Bild:

Berlin	61 %	Brandenburg	69 %
Meckl.-Vorp.	64 %	Sachsen	65 %
Sa.- Anhalt	74 %	Thüringen	70 %

Eine stabile und überzeugende Meinungsmehrheit der Bevölkerung ist gegen dieses Pseudoschloss, genannt Humboldtforum. Den Bundestagsabgeordneten der so genannten „Volksparteien“ und der Bundesregierung dürfte diese Tatsache seit vielen Jahren bekannt sein.

Über die langjährigen Proteste gegen den Palastabbriss, die ein ähnliches Meinungsbild vermitteln, sind diese „Volksvertreter“ ebenso informiert.

Mehr als 100.000 Unterschriften gegen den Palastabbriss und eine Empfehlung des Petitionsausschusses des Bundestages zum Palasterhalt wurden von der damaligen Kohlregierung ebenso negiert wie hunderte von Protestveranstaltungen und 800 Massenpetitionen des Jahres 2006/07, gerichtet an den Deutschen Bundestag.

Einer offenen Diskussion mit den Schlossgegnern und Palastbefürwortern haben sich diese „Volksvertreter“ nachweisbar nie gestellt, weder auf dem Schlossplatz, als die Mahnwache zum Palasterhalt aufzog, noch zu den unzähligen Angeboten zu sachlich-konstruktiven Gesprächen deren Schwerpunkt die sinnvolle Einbeziehung des Palastes in die künftige Schlossplatzgestaltung im Zentrum Berlins war.

So wird mangelndes Demokratieverständnis sichtbar bei diesen „Volksvertretern“ die sich vehement für die Palastvernichtung einsetzten und uns Bürgern Demokratie predigen wollen. Ihre Nervosität und Angst während der Palastzwischennutzung, als der Palast der Republik von der Bevölkerung, besonders der jüngeren Generationen beeindruckend angenommen wurde, war groß und nicht zu übersehen.

Einige sollen genannt werden:

Beispielsweise Herr Dr. h.c. Thierse, gegenwärtig stellvertretender Bundestagspräsident. Auf die schriftlich übergebene Feststellung in Sachen Palast sein Amt missbraucht und dessen Neutralität verletzt zu haben, hat er nie reagiert. Auch nicht auf den Vorwurf des Wahlbetrugs, da die SPD einen anderen Umgang mit dem Palast versprochen hatte als die CDU, die von Anfang an auf den Palastabbriss orientierte. Er reagierte auch nicht auf viele Einladungen zu sachlichen Gesprächen. Hatte er keine überzeugenden Argumente?

Die SPD - Bauminister Stolpe und Tiefensee handelten nicht anders. Andere so genannte Bürgerrechtler könnten genannt werden.

Ihnen war bewusst, dass sie gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung agierten. Nicht der gesunde Menschenverstand, sondern ihr blinder Hass auf alles Positive, was die DDR hervorbrachte, war Grundlage ihres Denkens und Handelns und ist es bis heute geblieben.

Sie haben Schaden angerichtet in einer beeindruckenden Größenordnung, politisch und finanziell.

Die Vernichtung des Palastes der Republik ist und bleibt ein kulturpolitisches Verbrechen der jüngeren deutschen Geschichte.

Ein politischer, aufklärungsbedürftiger Skandal ist dieser Vorgang ohnehin.

Die damit verbundene politische Blamage und deren internationale Dimension sind nicht zu übersehen.

Der Palast der Republik, dieses von ca. 70 Mio. Besuchern angenommene Volkshaus der DDR musste verschwinden, soll möglichst auch aus der Architekturgeschichte entsorgt werden.

So handelten vermeintliche Sieger schon vor Jahrtausenden, tobten sich aus in Vandalismus und Barbarei.

Das ist heute nicht anders.

Wer allerdings Ansprüche erhebt, Demokratie zu praktizieren, muss sich schon fragen lassen, worin diese Demokratie eigentlich noch besteht, wenn die mehrheitliche Meinung der Bürger dieses Landes so gründlich missachtet wird und nicht nur auf dem Schlossplatz in Berlin.

Der politische Umgang mit dem Palast der Republik in Berlin seit 1990 macht ihn zu einem Symbol dieser Gesellschaft und der so genannten Wiedervereinigung. So bleibt er uns erhalten und entlarvt die heutige krisengeschüttelte, politisch und medial verlogene Gesellschaft in beeindruckender Weise.

Dem Freundeskreis Palast der Republik ist die historische Dimension dieses Vorgangs bewusst und deshalb eine wichtige Grundlage seines Wirkens.

Wir wehren uns offensiv gegen jede Art der Geschichtsverfälschung und der Geschichtsklitterung, gegen jede Diffamierung unserer persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen in der DDR. Dazu gehört auch der Palast der Republik.

Der Freundeskreis steht jedem Bürger offen, der in diesem Sinne wirksam werden möchte. Er arbeitet auf der Grundlage langfristiger Konzeptionen, konkreter Arbeitspläne und Aufgabenstellungen.

Seit 2008 ist er Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.

Jeder kann mitmachen!

Freundeskreis Palast der Republik

Rudolf Denner, Sprecher des Freundeskreises

Kontakt:

Rudolf Denner, Tel./Fax: 030/9912254, Email: r.denner@gmx.de

Peter Lompscher, Tel.: 030/480989-00, Fax: -10

Klaus Wons, Tel 030/50911144

www.palastschaustelle.eu / www.palastgeschichten.de